

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/153

Bonn, den 27. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1

Auf Kosten der Demokratie

41

Was haben "Fibag-Affäre" und "Fall Pränkel"
mit dem Streit in der Koalition zu tun?

Von Günter Markscheffel

2 - 3

Mieterschutz im Brennpunkt

62

Vertragsfreiheit nur in sozial gesicherten Grenzen möglich

Von Günther Ehrlich

3

Willkommener Staatsbesuch

20

Auch Berlin erwartet de Gaulle

Unsere Auslandsberichte:

4

Sorgen mit der Jugend in der CSR

43

Frag sieht sich großen Schwierigkeiten gegenüber

5 - 6

Jugoslavien will Handelsgespräche mit Bonn

53

Tito bleibt beweglich

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schiecher

* * * *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf Kosten der Demokratie

Was haben "Fibag-Affäre" und "Fall Fränkel"
mit dem Streit in der Koalition zu tun ?

Von Günter Markscheffel

Die zur Zeit noch antierende Bundesregierung macht es den Bürgern dieses Staates und den Freunden im Ausland immer schwerer, den Glauben an die gute Fundamentierung der Demokratie in unserem jungen Staatswesen zu behalten. Hierbei bedarf es weder der Hilfe Pankows noch Moskaus; Bonn sorgt selbst dafür, daß die Glaubwürdigkeit der Regierung Adenauer immer geringer wird.

Dieser - zugegeben - schwere Vorwurf gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU und FDP ergibt sich aus folgendem Tatbestand:

- * Seit mehr als einer Woche geistert unwidersprochen durch
- * die deutsche und ausländische Presse die Behauptung, die
- * "Fibag -Affäre" und der "Fall Fränkel" seien Gegenstand
- * von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP.

Diese Behauptung wird auch von prominenten Angehörigen der Koalitionsparteien kolportiert, so daß man wohl mit Fug und Recht von einer wahrheitsgemäßen Darstellung des Versuches der Herren Adenauer, Mende und Strauss sprechen kann, die mehr als brüchig gewordene Koalition mit Hilfe einer parteiinternen Ausbügung beider "Fälle" noch einmal zusammenzuhalten.

Damit steht aber fest, daß zwei Vorgänge von öffentlicher und nicht nur Interesse zum Gegenstand parteiinterner Bewertungen gemacht und mit der Fragestellung erörtert werden, wie man beide "Fälle" in einem für die gegenwärtige Regierung günstigen Sinne "erledigen" könnte. Das berechtigte Suchen des Parlaments und der Justiz nach Klarheit in beiden Fällen wird damit möglicherweise den Nützlichkeitsabwägungen einer Regierungskoalition unterworfen.

In der "Affäre Fibag" geht es um die Frage, ob sich der Bundesverteidigungsminister Dr. h.c. Franz Josef Strauss korrekt verhalten hat oder nicht. Im "Fall Fränkel" ist objektiv zu prüfen, ob der frühere Generalbundesanwalt für die deutsche Justiz tragbar ist oder nicht. Um nichts anderes !

Die endgültige Entscheidung in beiden Fällen kann und darf also nicht dem Bestreben zweier Koalitionspartner unterworfen werden, ob diese nach Monaten des Streites wieder zusammenkommen können. Einziges Kriterium muß die objektive Prüfung der Tatbestände sein.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien tun mit der Heranziehung der "Affäre Fibag" und des "Falles Fränkel" in die Diskussion um die Beilegung ihres Streites genau das Gegenteil. Sie demonstrieren - sicher ungewollt - daß sie nicht instande sind, das übergeordnete Interesse aller demokratischen Kräfte an der Glaubwürdigkeit unseres Staatswesens zu respektieren.

Mieterschutz im Brennpunkt

Vertragsfreiheit nur in sozial gesicherten Grenzen möglich Von Günther Ehrlich

In einem knappen Jahr, am 1. Juli 1963, wird die bisherige Wohnungswirtschaft in den sogenannten "weißen Kreisen" - wo der Wohnungsmangelbestand unter drei Prozent gesunken ist - von der "sozialen Marktwirtschaft" abgelöst. Die Preisbindungen für Wohnungen und der bisherige starre Mieterschutz werden in diesen Gebieten dann fallen.

Je näher dieses wichtige Datum der Wohnungswirtschaft rückt, desto heftiger werden die Diskussionen um das soziale Miet- und Wohnrecht. Seine Ausgestaltung gerät mehr und mehr in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Dabei gibt es um die vom Parlament noch zu verabschiedenden Bestimmungen über die Miet- und Lastenbeiträge nur graduelle Unterschiede. In der Sache selbst hat sich schon der dritte deutsche Bundestag dadurch einmütig festgelegt, daß er die Freigabe der Wohnungswirtschaft mit einem Junktim verband: zuvor müsse das Gesetz über die Miet- und Lastenbeiträge in Kraft getreten sein.

Bei dem neu festzusetzenden sozialen Mietrecht sieht es dagegen noch anders aus. Hier reichen die Auffassungen über einen weitgespannten Bogen: Von der Forderung, das bisherige "Erbhofrecht des Mieters" beizubehalten, bis zur völligen Liberalisierung des Mietrechts, das dann nur noch freie Vereinbarungen zwischen Mieter und Vermieter vorsehe.

Der "Lücke-Plan"

Nach Auffassung des Bundeswohnungsministers soll das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht - in der Öffentlichkeit allgemein als "Lücke-Plan" bekannt - nicht dazu geschaffen worden sein, die bisherigen staatlichen Eingriffe im Wohnungswesen nach einem festen Zeitplan zu beseitigen, um in die Verhältnisse vor dem ersten Weltkrieg zurückzufallen und das Wohnungswesen völlig dem "freien Spiel der Kräfte" zu überlassen. "Ohne ein endgültiges Gesetz über diese Beihilfen, das jedem Wohnungsinhaber, vor allem jeder Familie in der Bundesrepublik ein Mindestmaß an Wohnraum oder Eigentum an Haus und Boden wirtschaftlich sichern soll, werden nach dem gesetzlich verankerten ausdrücklichen Willen des Parlaments weder die Mieten freigegeben noch der Mieterschutz aufgehoben", versichert Bundeswohnungsminister Paul Lücke nachdrücklich.

Hilfe für Leistungsschwache ?

Die endgültigen Miet- und Lastenbeiträge sollen sich daher nicht nur auf einen Ausgleich der gesetzlichen Mieterhöhungen in der Übergangszeit beschränken, in der noch eine Preisbindung besteht, sondern eine Hilfe für die leistungsschwachen Mieter gewähren, die für eine angemessene Wohnung für sich und ihre Familie mehr als einen zumut-

baren Teil des Familieneinkommens aufwenden müssen. In gleicher Weise werden Eigenheimbesitzer bedacht werden, wenn ein unverschuldeter Notfall die Gefahr des Verlustes ihres Heims und ihrer Ersparnisse mit sich bringen würde.

Andererseits gilt es, den Mieter und seine Familie gegen einen Verlust seiner Wohnung durch eine nicht zu verantwortende Kündigung in besonderen Härtefällen rechtlich zu sichern, wenn der bisherige starre Mieterschutz entfallen sein wird. Diese sogenannte Sozialklausel ist bereits im Bürgerlichen Gesetzbuch (Paragraph 556 a) aufgenommen. Danach wird dem Vermieter zwar das Recht zugestanden, über sein Eigentum freier zu verfügen, der Mieter hat jedoch die Möglichkeit, sich in sozialen Härtefällen durch Einspruch gegen dieses freie Verfügungsrecht zu schützen. Das Gericht entscheidet dann unter voller Würdigung der Belange des Vermieters über eine etwaige Verlängerung des Mietvertrages, gegebenenfalls auch unter Änderung der Bedingungen. Diese Konstruktion zwingt Mieter und Vermieter, ihre Gründe für Kündigung und Einspruch auf den Tisch zu legen. Kündigungsfristen bis zu einem Jahr sind als weitere Sicherung vorgesehen. Weitere Vorschriften sollen noch bis zu dem Zeitpunkt erlassen werden, an dem sich das Mietvertragsrecht allein wieder nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch richtet.

Bundestag und Bundesregierung sprachen sich für Freiheit in sozial gesicherten Grenzen als Bedingung dafür aus, die Vertragsfreiheit im Wohnungswesen wieder herzustellen. Eine schrankenlose Freiheit und Willkür soll es nicht mehr geben.

+ + -

Willkommener Staatsbesuch

Auch Berlin erwartet de Gaulle

sp - Das Programm für den Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der Bundesrepublik Anfang September scheint nunmehr festzustehen. Außer Bonn soll der hohe Gast auch die Städte Köln, Hamburg und München besuchen. Wir sind gewiß, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik dem französischen Staatspräsidenten einen herzlichen Empfang bereiten wird. Man weiß, wie sehr dieser Mann, der den nationalen Widerstandskampf Frankreichs während des zweiten Weltkrieges gegen die deutsche Besatzungsmacht anführte, nach dem Kriege bestrebt gewesen ist, eine Ära der Freundschaft zwischen uns und dem französischen Volke einzuleiten. Mit Weitsicht und Tatkraft hat Staatspräsident de Gaulle verständliche Hemmungen in Frankreich zu überwinden gewußt und systematisch die französische Politik im Sinne der großen französischen Sozialisten Jean Jaurès und Léon Blum weiterentwickelt. Als Realist weiß de Gaulle, daß Europa nur auf der Grundlage des guten deutsch-französischen Verhältnisses werden wird. Aus diesem Grunde hätten wir gewünscht, daß gerade Staatspräsident de Gaulle auch die deutsche Hauptstadt B e r l i n besucht. Wir wissen nicht, warum außer Bonn, Hamburg und München nicht auch Berlin im Besuchsprogramm vorgesehen ist. Vielleicht gelingt es der Bundesregierung in den nächsten Wochen diese offene gebliebene Frage zu klären. Gerade die Berliner Bevölkerung würde dem französischen Staatspräsidenten für den Besuch in ihrer Stadt dankbar sein.

+ + +

- 4 -

Sorgen mit der Jugend in der CSR

sp - Bei den Schulentlassungen in der Tschechoslowakei - die Schulen schließen dort nicht zu Ostern, sondern erst Ende Juni, und es beginnen die "grossen Ferien", die zwei Monate dauern - hatte man es diesmal mit einem besonders geburtenstarken Nachkriegsjahrgang zu tun. Offenbar war trotz aller Planerei darauf nicht Bedacht genommen worden, denn es stellte sich schnell heraus, daß für das Weiterstudieren an den Mittelschulen nicht genügend Schulklassen vorhanden sind. Auch mit den Lehrstellen gab es große Schwierigkeiten, da sie nur zum Teil den Wünschen und Vorstellungen der schulentlassenen Jugend entsprachen.

So ist z.B. aus dem Bezirk Reichenberg bekanntgeworden, daß dort 3.208 Jungen und Mädchen die Neunklassenschulen beendet hatten. Diese Neunklassenschulen müssen alle schulpflichtigen Kinder besuchen, bevor die Entscheidung ansteht, ob sie an der Mittelschule weiterstudieren können oder ob sie als Schulentlassene zu gelten haben. Im Bezirk Reichenberg wollten 1.170 Jungen und Mädchen an eine Mittelschule gehen, aber nur 496 dürfen weiterstudieren. Für die restlichen 674 gibt es keinen Platz an den bestehenden Mittelschulen. Die immer wieder propagierte Parole "Für jeden Mittelschulbildung" scheitert bis auf weiteres an dem bestehenden Mangel an Schulen und Klassen sowie an Lehrpersonal.

Wer die neunklassige Grundschule besucht hat und nicht an einer Mittelschule studieren kann, muss eine Lehrstelle annehmen. Er (oder sie) sollten es zumindest. Nach einem Bericht in der Prager Zeitung "Prace" wollen jedoch manche enttäuschte Eltern - enttäuscht, weil ihre Kinder nicht studieren können - ihre Kinder lieber untätig zu Hause behalten, als sie in die Lehre geben. Dabei warten nach der gleichen Zeitung noch viele Berufe auf Nachwuchs, obwohl die Unterbringung der 15jährigen ihrem Ende zugeht. Das Prager Regime scheint inzwischen auch eingesehen zu haben, daß es wegen der zu geringen Zahl der zum Mittelschulstudium Zugelassenen in der Öffentlichkeit großen Ärger gibt. "Auch auf höheren Schulen werden", so tröstet "Prace" die enttäuschten Eltern, "einige tausend Absolventen der Grundschulen mehr aufgenommen als im März veranschlagt wurde".

Auch sonst hatte man mit der 15jährigen viel Kummer. Denn: "Die Jugend sehnt sich nach Romantik, Abenteuer und Heldentaten". Ob jetzt was der Prager Parteiboss Novotny oder der sowjetzonale Boss Ulbricht begreifen? "Prace" jedenfalls versucht die Jugend zu verstehen: "Mancher junge Mensch meint, daß sich ihm solche Träume nie erfüllen werden. Wahrscheinlich deshalb, weil die Erschwachsenen nicht verstehen, der Jugend in anziehender Form die Romantik unserer Tage zu zeigen." Und: "Wir führen unsere 15jährigen zu engherzig am Händchen und wollen sie vor allen Schwierigkeiten bewahren, die gewisse anspruchsvolle und weniger bekannte Berufe mit sich bringen."

Jugoslawien will Handelsgespräch mit Bonn

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die Bemühungen Jugoslawiens, seiner aktuellen Wirtschaftsschwierigkeiten Herr zu werden, sind vielfältig. Neben entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Binnenmarktes lassen sich sehr verschiedenartige internationale Ansätze zur Lösung der entstandenen Probleme beobachten. So ist Belgrad insbesondere bemüht, in stärkerem Maße seiner mit großen Absatzschwierigkeiten kämpfenden Industrie neue Märkte im Ausland zu erschließen.

Trotz Orientierung nach Osten - Westhandel

Bei den kürzlich in Moskau stattgefundenen jugoslawisch-sowjetischen Wirtschaftsgesprächen war die gegenseitige Erhöhung des Warenaustausches eines der zentralen Verhandlungsthemen. In diesem Bereich sind auch beachtenswerte Ergebnisse erzielt worden, deren Realisierung freilich erst noch die Zukunft bestätigen muß. Aber wie sehr Jugoslawien sich auch gegenwärtig handelspolitisch nach dem Ostblock orientiert, ist es nach wie vor bemüht, seinen Handel mit den westeuropäischen Ländern, wenn schon nicht zu intensivieren, so doch wenigstens auf dem bisherigen Stand zu halten.

Die Rolle der Bundesrepublik

In diesem Zusammenhang fällt der Bundesrepublik eine besondere Rolle zu. Nach wie vor ist sie neben Italien einer der wichtigsten Handelspartner des Landes, und nach wie vor bereitet ein bis im Vorjahr ständig wachsendes Handelsdefizit Belgrad beträchtliche Sorgen. Im Vorjahr erreichte es rund 138 Millionen DM, denn den jugoslawischen Einfuhren aus der Bundesrepublik in Höhe von 227,9 Millionen DM standen Ausfuhren von nur 90 Millionen DM gegenüber.

Jugoslawiens Devisennöte

Da die Devisennöte Jugoslawiens ein Problem ersten Ranges sind, und man in verantwortlichen Wirtschaftskreisen Belgrade eingeschrieben zu haben scheint, daß man mit einem solchen Passivum nicht mit der Bar-

desrepublik weiterhandeln kann, ist es nicht überraschend, daß Belgrad recht beständig auf eine Veränderung der deutsch-jugoslawischen Warenlisten zwecks Erweiterung seiner Exportmöglichkeiten in die Bundesrepublik hinwirkt. Als vor einiger Zeit die Bundesregierung den Vorschlag machte, den am 30. Juni auslaufenden Handelsvertrag um ein weiteres Jahr zu verlängern, erklärte sich Belgrad nach kurzer Zeit zwar hierzu einverstanden, nicht jedoch ohne den diskreten Hinweis zu versuchen, daß seiner Meinung nach die Zeit für den baldigen Zusammentritt der im Handelsvertrag vorgesehenen gemischten Kommission reif sei. Daß der einzige Zweck solcher Gespräche in einer Erweiterung der Warenlisten, insbesondere derjenigen, die die jugoslawischen Ausfuhren in die Bundesrepublik umfassen, besteht, ist ein offenes Geheimnis.

Einfuhr aus Westdeutschland gekürzt

Sollte dies aus irgendwelchen Erwägungen heraus nicht verwirklicht werden, dürfte der Globalumfang des deutsch-jugoslawischen Handels empfindlich zurückgehen. Informierte Kreise, die die handelspolitische Situation zwischen beiden Ländern wohl übersehen, deuten bereits an, daß in den letzten drei Monaten die jugoslawischen Einfuhren aus der Bundesrepublik drastisch gekürzt worden seien. Mit einer zunehmenden Entwicklung dieses Trends wird zu rechnen sein, falls Belgrad sich nicht instandsetzen sollte, seine Ausfuhren zu erhöhen, wofür ein Entgegenkommen der Bundesregierung sicherlich Voraussetzung wäre.

* * *

Wenn unlängst der Sprecher des jugoslawischen Außenministeriums in seiner letzten allwöchentlichen Pressekonferenz vor der Sommerpause dieses Thema anspricht, so mag dies durch einen allzu neugierigen Fragesteller zufällig verursacht gewesen sein. Aber ebenso besteht die Möglichkeit, daß Belgrad sein sanftes Drängen verstärken wollte, die Bonner Seite wenigstens für den Herbst an den Verhandlungstisch zu bringen.

* + *